



HESSISCHER LANDTAG

15. 07. 2014

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Einführung der Herkunftssprache als zweite oder dritte Fremdsprache an allgemeinbildenden Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, den bisherigen herkunftssprachlichen Unterricht als Fremdsprache an allgemeinbildenden Schulen als versetzungs- und notenrelevantes Wahlpflichtfach in den Regelunterricht zu integrieren, damit die Herkunftssprache auch als zweite oder dritte reguläre Fremdsprache an hessischen Schulen belegt werden kann.

Begründung:

Im Abschlussbericht der Enquetekommission "Migration und Integration in Hessen" (18/7500) wird die große Bedeutung von Mehrsprachigkeit betont. Dort heißt es u.a.: "Sprachenvielfalt an den Schulen kann produktiv gestaltet werden, wenn sich das System auf Mehrsprachigkeit einstellt. Denn Mehrsprachigkeit stellt ein hohes Gut dar und fördert die kognitiven Fähigkeiten. Gängige Herkunftssprachen, wie z.B. Türkisch oder Arabisch, sollten auch als zweite Fremdsprachen angeboten werden." Außerdem hebt der Bericht die Bedeutung und die Pflege der Muttersprache hervor: "Unterschiedliche Muttersprachen und andere in den Familien und Nachbarschaften gesprochene Sprachen sollen größere Wertschätzung erfahren."

Das Erlernen der deutschen Sprache ist für Menschen mit Migrationshintergrund ein wichtiger Schlüssel für den Zugang zum Arbeitsmarkt und zu gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb unterstützen und begrüßen wir alle Initiativen und Projekte, die sich diesem Ziel verschrieben haben.

Kinder aus Migrantenfamilien bringen von Haus aus eine besondere Sprachkompetenz, wie zum Beispiel Türkisch, Arabisch, Griechisch oder Russisch, mit, die es zu fördern gilt. Ziel ist es deshalb, vor dem Hintergrund einer zunehmend international verflochtenen Ökonomie beides zu fördern: Deutsch als die Ankunftssprache und die jeweilige Herkunftssprache.

Die Herkunftssprache als zweite oder dritte Fremdsprache an hessischen Schulen anzubieten, entspricht zudem den Richtlinien der Kultusministerkonferenz und den Bildungsplänen der Länder, die das Sprachenlernen als zentrales Ziel ausweisen.

Wiesbaden, 15. Juli 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel